

**Niederschrift über die öffentliche Sitzung
des Rates
vom 23.11.2023**

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 20:33 Uhr

Anwesend sind:

Entschuldigt fehlen:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit VorlNr.

RV Lüttjohann eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge VorlNr.

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

TOP 3 Genehmigung der Niederschriften vom 06.07.2023 und 26.10.2023 VorlNr.

Die Niederschriften vom 06.07.2023 und 26.10.2023 werden einstimmig genehmigt.

TOP 4 Neufassung der Friedhofssatzung für den Waldfriedhof Borchel VorlNr.
0401/2021-2026

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt **einstimmig** die der Vorlage als Anlage 1 beigefügte Neufassung der Friedhofssatzung für den Waldfriedhof Borchel.

TOP 5 Umbau des Einmündungsbereiches Bahnhofstraße / In der Ahe zur Verbesserung der Verkehrssituation für den Fahrrad- VorlNr.
0390/2021-2026

verkehr

Roman Lauchart hält einen Rückblick und erläutert, dass zu diesem Thema in der Vergangenheit bereits viel diskutiert worden sei. Der Arbeitskreis Fahrradverkehr habe die Empfehlung ausgesprochen, dass kein dringender Handlungsbedarf bestehe, woran sich auch die Verwaltung anschließe. Die ehemals genannten Kosten von 30.000 Euro seien nicht haltbar, denn für Planungskosten, Oberflächenherstellung, Baumfällungen, Zaunbau usw. müssten mindestens 100.000 Euro eingeplant werden. Zum Thema Ausleuchtung habe er mit den Stadtwerken gesprochen. Der Mast auf der gegenüberliegenden Straßenseite sei kein Laternenmast und es gebe dort auch keine Stromleitung. Sollte trotzdem eine weitere Leuchte aufgestellt werden, seien die Kosten von der Stadt zu tragen. Die Stadtverwaltung sehe es derzeit nicht als erforderlich an, bauliche Maßnahmen umzusetzen und die Beleuchtungssituation über die Stadtwerke prüfen und verbessern zu lassen. Er bittet um Beschlussfassung.

RH Hickisch ergänzt, dass die Vorlage in seiner Fraktion und einem großen Teil der übrigen Mehrheitsfraktion keine Zustimmung finde. Vom Blickpunkt der Verkehrssicherheit her handle es sich seiner Meinung nach um den neuralgischsten Punkt im Stadtgebiet, da hier ein immenses Verkehrsaufkommen von Fußgängern, Fahrrädern und Autos herrsche. Da Nichtstun keine Alternative sei, werde seine Fraktion mit Nein stimmen.

RF Dembowski bringt noch einmal nachdrücklich die kritische Lage zur Sprache und beantragt als Erweiterung des Antrages, im Kreuzungsbereich In der Ahe/Bahnhofstraße zeitnah eine Verkehrsschau durchzuführen, um den Bereich zu sichten, zu bewerten und nach weiteren Anpassungsmöglichkeiten zu suchen. Sie bittet alle Ratsmitglieder, dem Änderungsantrag zu folgen.

RH Purucker bestätigt, dass die Situation unglücklich sei, es aber überall im Stadtgebiet eine solche Problematik gebe. Zudem habe man hier keinen Unfallschwerpunkt. Dem Zusatzantrag, weiterhin nach Lösungen zu suchen, sieht er grundsätzlich positiv entgegen, seine Fraktion schließe sich jedoch dem Vorschlag der Verwaltung an.

RF Behr erörtert, dass es in der Beschlussvorlage ausschließlich darum gehe, der Idee der Umgestaltung der Kreuzung eine Absage zu erteilen, da die Gefahrensituation damit nicht beseitigt werden könne. Sie stimme der Beschlussvorlage zu.

RH Rinck bestätigt die kritische Situation an der Kreuzung, schlägt jedoch vor, den Antrag von RF Dembowski als eigenständigen Ratsantrag einzubringen und dann prüfen zu lassen.

RF Dembowski beantragt eine 10-minütige Sitzungsunterbrechung, die bei 2 Nein-Stimmen angenommen wird.

Die Sitzung wird von 20:00 Uhr bis 20:12 Uhr unterbrochen.

RV Lüttjohann eröffnet die Sitzung erneut um 20:12 Uhr.

EStR Nadermann stellt klar, dass die Vorlage auf einen konkreten Antrag formuliert worden sei und nicht zur Folge habe, dass sich nicht weiter mit der Problematik beschäftigt werden solle. Die Vorlage sei ausschließlich eine Reaktion auf den Ratsantrag.

RH Fuchs merkt an, dass der Beratungsprozess zeige, dass das Problem ernst genommen werde und nicht zufriedenstellend sei. Er beantragt, keinen Beschluss zu fassen, sondern den Antrag in den Fachausschuss zurückzuverweisen mit der Aufforderung, evtl. mit Einbindung externer Expertise, nach Alternativen zu suchen.

RH Künzle schlägt eine Beschlussfassung und die anschließende Einbringung eines neuen Antrages vor.

RF Dembowski zieht ihren Änderungsantrag zugunsten des Antrags von RH Fuchs zurück.

RF Grafe möchte wissen, ob es im Falle einer Beschlussfassung eine Frist gebe, die besage, dass über einen abgelehnten Antrag nicht mehr beraten werden dürfe.

EStR Nadermann erklärt, dass eine Frist von vier Monaten verhindere, in dieser Zeit über einen abgelehnten Antrag nochmals zu entscheiden. Da die Sachverhalts- und Lösungsermittlung aber länger als vier Monate in Anspruch nehmen werde, sei eine Beschlussfassung unschädlich.

RV Lüttjohann lässt über den Antrag von RH Fuchs, keinen Beschluss zu fassen und den Antrag zurück in den Fachausschuss zu verweisen, abstimmen, der mit 13 Ja-, 15 Nein-Stimmen abgelehnt wird.

Beschluss:

Der Rat beschließt **mehrheitlich mit 16 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen**, vom Umbau des Einmündungsbereiches Bahnhofstraße/In der Ahe zur Verbesserung der Verkehrssituation für den Fahrradverkehr abzusehen.

TOP 6 Umbau des Einmündungsbereiches Mühlenstraße / Gerberstraße zur Verbesserung der Verkehrssituation für den Fahrradverkehr

VorlNr.
0391/2021-2026

Beschluss:

Der Rat beschließt **mehrheitlich mit 21 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung**, vorerst von dem Umbau des Einmündungsbereiches Mühlenstraße/Gerberstraße zur Verbesserung der Verkehrssituation für den Fahrradverkehr abzusehen und diesen im Zuge der späteren Straßenausbaumaßnahme „Gerberstraße“ umzusetzen.

TOP 7 Verweisung von Ratsanträgen in die zuständigen Fachausschüsse:

VorlNr.

Keine.

TOP 8 Mitteilungen und Anfragen

VorlNr.

TOP 8.1 Ergebnis der Ortsbegehung in Unterstedt, Hesterkamp

VorlNr.

RH Emshoff möchte wissen, was bei dem Ortstermin in Unterstedt in der Straße Hesterkamp in puncto Verkehrsberuhigung am 24.02.2023 herausgekommen sei und ob es ein Ergebnis gebe.

Herr Lachart sagt eine Antwort im Protokoll zu.

Antwort im Protokoll:

Nach der Ortsbegehung, bei der geprüft wurde, inwieweit verschiedene Verkehrsberuhigungsmaßnahmen umsetzbar sind sowie nach Verkehrszählungen ist die Verwaltung zu

dem Schluss gekommen, dass eine Verkehrsberuhigung nicht notwendig ist. Hierzu wird es eine Beschlussvorlage im Ausschuss für Straßenbau und Verkehr geben.

TOP 8.2 Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket

VorlNr.

RH Klingbeil berichtet aus dem Sozialausschuss des Landkreises, dass nicht alle Gelder aus dem Bildungs- und Teilhabepaket von Leistungsempfängern in Anspruch genommen werden. Da auch Mitgliedsbeiträge von Vereinen übernommen werden, fragt er, ob es für die Verwaltung vorstellbar sei, die Vereine hierüber zu informieren.

EStR Nadermann geht davon aus, dass die Vereine von den Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket wissen, jedoch viele Berechtigte diesen Anspruch nicht wahrnehmen. Gemeinsam mit dem Landkreis sei die Stadt bemüht, über das Projekt IN FORM, in dem es um ein kostenfreies Mittagessen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket gehe, zu erreichen, dass mehr Berechtigte die Leistungen in Anspruch nehmen. Obwohl dies das Mittagessen betreffe, sollen grundsätzlich Verbesserungen erreicht werden.

TOP 8.3 Planungsstand zum eventuellen Bau eines Parkhauses am Diakonieklinikum

VorlNr.

RH Künzle erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zum Thema Parkhaus am Diakonieklinikum.

EStR Nadermann berichtet, dass man sich kontinuierlich in Gesprächen mit dem Krankenhaus befinde, es aber noch kein Ergebnis gebe.

RV Lüttjohann schließt die Sitzung um 20:33 Uhr.

gez. Bürgermeister

gez. Vorsitzende/r

gez. Protokollführer/in

Die Vorlagen sind Bestandteil der Niederschrift.